



01.06.1947

Der Marshall-Plan

Nach dem Zweiten Weltkrieg lagen viele Teile Europas in Trümmern. Deutschland war das Zentrum harter Auseinandersetzungen zwischen Ost und West um die politische Orientierung und Zukunft des Kontinents. Das Land war in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren aufgeteilt.

Im Januar 1947 wurden die amerikanische und die britische Besatzungszone als Bizone vereinigt. Im Juni verständigten sich die USA, Großbritannien und Frankreich darauf, ihre drei Besatzungszonen durch die Einführung einer neuen Währung ökonomisch zu stärken. Aus Protest verhängte der Kreml eine Wirtschaftsblockade über Westberlin. Die Briten und Amerikaner starteten daraufhin eine massive Luftbrückenoperation um die Westsektoren der Stadt mit dem Nötigsten zu versorgen.



Militärisch wurde die Überlegenheit der in Europa stationierten sowjetischen Kräfte durch das amerikanische Atomwaffenmonopol ausgeglichen. Der Westen war aber über die ideologische Kraft der UdSSR und über deren wachsenden Einfluss in Griechenland und der Türkei besorgt. US-Präsident Harry Truman startete im März 1947 eine politische Gegenoffensive. Er informierte den US-Kongress, dass es Amerikas Aufgabe sei, die „freien Völker zu unterstützen“ gegen „Versuche der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen“. Die begleitende Informationskampagne hatte zum Ziel, den sowjetischen Einfluss auf westeuropäische Parteien und Regierungen kulturell einzudämmen.

Im Juni 1947 skizzierte US-Außenminister George Marshall seinen Plan zur Wiedererrichtung der europäischen Wirtschaft. Die Hilfe sollte in Form von Lebensmitteln, Zuschüssen für den Kauf von Einrichtungen, Verbesserungen im Transportwesen, Investitionen u.a. geleistet werden. Die im April 1948 angenommene Initiative wurde als Marshall-Plan oder Programm zum Wiederaufbau der Wirtschaft in Europa bekannt. Die US-Regierung beabsichtigte eine wirtschaftliche Erholung und politische Stabilisierung in Europa, einschließlich Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, die nach dem Zweiten Weltkrieg in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren.

Frankreich organisierte eine Konferenz, um den Marshall-Plan zu diskutieren. Eingeladen waren auch Vertreter mehrerer osteuropäischer Staaten, darunter aus der UdSSR, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien. Der Kreml lehnte den Plan allerdings als „Eingriff in die

inneren Angelegenheiten souveräner Staaten“ ab. Obwohl Polen und die Tschechoslowakei das amerikanische Angebot anfänglich begrüßt hatten, wurden diese beiden Staaten, ebenso wie Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und Finnland, gezwungen, die Hilfe der USA abzulehnen.

Am 22. September 1947 legte das Komitee für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa den Amerikanern den Entwurf eines Wiederaufbauplans vor. Nach einigen Monaten der Diskussion verabschiedete der US-Kongress am 2. April 1948 einen Kredit in Höhe von 6,8 Milliarden Dollar für die ersten 15 Monate und versprach weitere Hilfszahlungen. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS kommentierte: Die Nutznießer des Programms seien den „amerikanischen Imperialisten“ erlegen. Letztere würden die Welt in den Untergang führen.

Die 16 europäischen Staaten, die sich an Marshalls Programm zum Wiederaufbau Europas beteiligten, bildeten die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD). Während der mehr als vierjährigen Unterstützung durch den Marshall-Plan erhielten diese Staaten 13,2 Milliarden Dollar an amerikanischer Hilfe, teils in Form von Krediten. Im Ergebnis dieses Wiederaufbauprogramms für Europas erreichte die Industrieproduktion 1952 in allen teilnehmenden Staaten mit Ausnahme des geteilten Deutschlands das Vorkriegsniveau.

Der Marshall-Plan trug spürbar zum Beginn des Kalten Krieges und der politischen Teilung Europas bei. Die Regierungen der USA und des westlichen Europas kooperierten fortan wirtschaftlich und politisch eng miteinander, so dass immer öfter von der Vereinigung Westeuropas gesprochen wurde. Die Sowjetunion antwortete mit der Gründung des weniger effektiven Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im östlichen Europa. Im April 1949 wurde die amerikanisch-britische Bizone zusammen mit der französischen Besatzungszone in die Trizone umgewandelt. Im Mai 1949 hob die UdSSR ihre Blockade Westberlins auf. Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 folgte die Deutsche Demokratische Republik, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) regiert wurde. Deutschland blieb bis zum Ende des Kalten Krieges (1989/90) ein geteiltes Land.



Prof. Wojciech Roszkowski



References: